

Warum die Schweizer nicht in die EU wollen – Direktdemokratische Alternative zur zentralistischen EU

*Diethelm Raff, www.diethelm-raff.ch
Präsident des Vereins Direkte Demokratie und Selbstversorgung,
www.direkte-demokratie.ch*

Grüezi mitenand, sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Einladung hierher nach Perchtoldsdorf. Wir freuen uns natürlich über Ihr grosses Interesse, mit uns grundsätzliche Fragen über die direkte Demokratie und über die EU zu durchdenken. Unser “Verein für direkte Demokratie und Selbstversorgung” hat sich zum Ziel gesetzt, die Grundlagen der direkten Demokratie im In- und Ausland so bekannt zu machen, dass jeder Mensch überlegen kann, ob man auch heute frei und selbstbestimmt leben kann und will oder sich als korporierter eingebundener Mensch in zentralistischen Gebilden einfügen muss, dabei mit wenig Brot und Spielen versorgt wird und regelmässige Kriege in Kauf nimmt.

Allgemeine Einleitung

1. Wesen der Direkten Demokratie

Um Ihnen erklären zu können, warum 77% der Schweizer Stimmenden bei einer sehr hohen Stimmbeteiligung von 54% am 4. März 2001 gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU gestimmt haben, möchten wir Ihnen zuerst das Wesen der direkten Demokratie näher bringen.

Nach unserem Dafürhalten bedeutet Demokratie nicht Volksherrschaft, sondern ein Zusammenleben ohne Herrschaft, also die Selbstbestimmung des Volkes, nicht einfach eine Mitbestimmung in einzelnen Bereichen am Tisch der Herrschenden. Man spricht auch von der Volkssouveränität im Gegensatz zur Fürstensouveränität. Die Gesamtheit der Bürger, bei uns sagen wir der Souverän, bestimmt über alle notwendigen Entscheidungen. Wir meinen, dass der Einzelne auf diese Art und Weise am meisten seiner angeborenen Freiheit entfalten kann. Damit der Gedanke noch deutlicher wird, dass der Bürger sein Leben unmittelbar bestimmt, reden wir von Direkter Demokratie.

Sie werden alle mit direkter Demokratie verbinden, dass das Volk oft abstimmen kann, Referenden gegen beschlossene Gesetze oder finanzielle Ausgaben ergreifen kann – wie wir sagen – oder Volksinitiativen lancieren kann, um neue Gesetze oder Verfassungsänderungen vorzuschlagen. Das ist aber nur eine der sichtbaren Früchte der Direkten Demokratie. Wenn gesagt wird, eine repräsentative Demokratie oder gar eine Despotie wie die EU würde durch einige Möglichkeiten von Abstimmungen zu einer direkten Demokratie, wird damit Sand in die Augen der Bürger gestreut, wie wir Ihnen in unseren Ausführungen genauer darlegen werden – auch wenn wir uns selbstverständlich über jede Möglichkeit der Beteiligung von Bürgern freuen.

Die direkte Demokratie beruht jedoch auf einem ganz einzigartig ausgestalteten und gelebten Menschenbild und ist ohne dieses nicht zu verstehen. Die Schweizer konnten die direkte De-

mokratie entwickeln, weil sie die genossenschaftlichen Zusammenschlüsse und freien Gemeinden oder Talschaften – wie sie in vielen Regionen Europas im Mittelalter bestanden – erhalten konnten und nach und nach auf diesem Prinzip ein freies Zusammenleben bis hin zum Bundesstaat 1848 aufbauen konnten. Dazu gehörte, dass jede Generation sich dieses Prinzip des freien Zusammenschlusses wieder angeeignet und ausgebaut hat. Der Schriftsteller Gottfried Keller, der im 19. Jahrhundert einer der Förderer des freien und verantwortungsbewussten Bürgers war, sagte dazu: „Lasset uns am Alten, so es gut ist halten und auf diesem Grund, Neues bauen jede Stund“.

2. Genossenschaftliches Prinzip als Grundlage des Zusammenlebens

Wir können also festhalten, dass die erste Grundlage des Zusammenlebens in der Schweiz das genossenschaftliche Prinzip ist. Das ist einmalig in der Welt. Deshalb heisst ja die Schweiz auch Eidgenossenschaft. Diese Grossgenossenschaft von über 6 Millionen Eidgenossen hat im Lauf der Jahrhunderte – mit Rückschlägen – immer mehr Bereiche des Lebens nach dem genossenschaftlichen Prinzip eingerichtet.

Überlegen wir uns also, woraus das genossenschaftliche Prinzip besteht. Es besteht darin, dass sich Menschen aus freien Stücken zusammenschliessen, um Probleme des Zusammenlebens gemeinsam zu lösen. Der einzelne bleibt frei, sein Leben selbst zu gestalten. Schiller formulierte das so im Wilhelm Tell: „Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei und würd` er in Ketten geboren“. Wenn jeder seine vorgegebene Freiheit lebt und gleiche Rechte hat, werden die besten Lösungen für das Allgemeinwohl gefunden. Diese Voraussetzungen entsprechen der Natur des Menschen und deshalb übernimmt jeder gerne Verantwortung für sich und andere, wenn er nicht durch falsche Erziehung und dazugehörige autoritäre Strukturen daran gehindert wird. Das Zusammenleben in der Direkten Demokratie baut auf einem Menschenbild auf, das jedem Menschen die Fähigkeit zuschreibt, auch schwierige Zusammenhänge erfassen zu können, weil jeder Mensch als vernünftiges Wesen angesehen wird. Zudem basiert sie auf der Vorstellung, dass der Mensch ein soziales Wesen ist, das sich am besten verwirklicht und eigenständig ist, wenn es in der Lage gesetzt wird, andere in sein Denken, Fühlen und Handeln einzubeziehen und für das allgemeine Wohl tätig zu sein. Jeder Mensch beteiligt sich gerne daran, auch für andere das Leben zu verbessern, wenn er ernstgenommen wird und gefragt ist. Wir stellen also fest, dass wir als Bürger auch im Alltag mit anderen zusammen über Politik reden, geistig aktiv sein können. So werden beim Warten auf der Post oder beim Coiffeur oder wenn man sich auf der Strasse oder bei einem Geschäftsabschluss sieht, häufig kurz die nächsten anstehenden Fragen besprochen: z.B. brauchen wir eine Turnhalle, muss die Strasse erneuert werden, oder ist das Bachbett sanierungsbedürftig. Unter den Menschen herrscht ein reger Austausch über die nahen und kantonale und Bundesangelegenheiten.

Zur grossen Überraschung der neoliberalen Ökonomen, haben verschiedene Experimente von Ökonomen ergeben, dass der Mensch überhaupt nicht einfach nach seinem Vorteil strebt. Zusätzlich haben die St.Galler Ökonomen Gebhard Kirchgässer und andere herausgefunden, dass *Menschen glücklicher leben, die in einer direktdemokratischeren Kultur teilnehmen* und haben dies in ihrem Buch: „*Die direkte Demokratie. Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig*“ dargelegt. So haben also einzelne Ökonomen bestätigt, was man in der Schweiz aus jahrhundertelanger Erfahrung weiss.

Dieses schweizerische Modell steht in völligem Gegensatz zur Idee des dummen Volkes und einer kleinen Wissens- oder Wirtschaftselite, die nur fähig ist, die besten Entscheidungen zu treffen, wie es in der EU der Fall ist. Es steht auch im Gegensatz zur vulgärmarxistischen Vorstellung, dass der Mensch einfach Produkt der Umstände sei und deshalb zu seinem Glück hin manipuliert werden muss.

In der Genossenschaft hat im Gegensatz zur Aktiengesellschaft jeder *eine* Stimme, unabhängig davon, wie viel Geld er eingebracht hat: Jeder hat eine Stimme *zu jeder Sachfrage*. Im freien

Zusammenschluss, in dem jeder ernst genommen wird, entsteht bei allen der Wunsch, selbstverantwortlich die Dinge zu durchdenken und sich mit allem auseinanderzusetzen. Dazu muss man die Argumente aller hören. *Man kann sagen, das genossenschaftliche Prinzip erzieht zum Gespräch, zum Interesse an der Meinung der anderen, es erzieht zu den Tugenden der Bescheidenheit, des Ausgleichs und der Fähigkeit zum Mitdenken und Mitempfinden.* Es geht dann nicht anders, als dass man sich gleichwertig begegnet, weil erst nach einem Gespräch deutlich wird, wer eine Sache am besten erfasst hat und weder Bildung noch Stellung noch Geld vorhersehbar machen, wer das beste Argument einbringen wird. In einem freien Zusammenleben, in dem es darum geht, ehrlich alle Standpunkte zu hören und sich selbst ehrlich einzubringen, lernt man auch, einen *eigenen Standpunkt zu bilden und sachlich darzulegen.* Zudem lernen alle, die Gespräche viel stärker daraufhin zu führen, eine gute Lösung zum allgemeinen Wohl zu finden. *Wir gehen davon aus, dass man durch das Gespräch zu einem Konsens kommen kann.* Das geht so weit, dass in der Schweiz in fast allen Gemeinden, Kantonen und sogar im Bund die Exekutivmitglieder aus den wichtigen Parteien oder Parteiunabhängigen bestehen und zusammenarbeiten. Man spricht deshalb auch von Konsensdemokratie oder Konkordanzdemokratie. Dazu gehört auch, dass die Parteimitglieder nicht an die Vorgaben der Parteileitung gebunden sind. Es soll keinen Fraktionszwang geben. Die Ortsparteien sind frei, eigene Parolen zu jeder Abstimmungsvorlage herauszugeben. Ausser bei der Sozialdemokratischen Partei haben die Bundesparteien nicht einmal eine Liste der Parteimitglieder.

Beim *Herstellen vom Konsens* geht es nicht um einen faulen Kompromiss, wie häufig unterstellt wird, sondern es geht darum, dass *möglichst alle die Gesetze und Verordnungen als ihre eigenen Gesetze ansehen können,* zumindest die Gründe kennen, warum es sie gibt und sie deshalb mittragen können. Nur so kann man sich in der Gemeinde und im Land wohlfühlen, sich identifizieren und mitdenken, wie man in neuen Situationen zum Wohl aller tätig werden kann. Daraus folgt auch eine *politische Stabilität,* weil die Politik nicht dem Wunsch und Wille einiger weniger entspringt, sondern dem Volkswillen.

Wegen dieser ständigen Übung, Konsens herzustellen, ist die Schweiz bekannt dafür, dass sie in Konflikten echt vermitteln kann, also Lösungen suchen hilft, die längerfristig halten. Die Schweiz kann häufig Verhandlungsführer stellen, die aus eigener Anschauung gefühlsmässig sicher sind, dass Lösungen zu finden sind, indem man einander versteht und dass dafür auch Geduld nötig sein kann. Diese Herangehensweise ist gerade nur möglich ohne sogenannte Machtmittel, mit denen Konfliktparteien durch Druck und Drohungen zu einem Ergebnis geführt werden, das nur so lange hält, bis der Druck weg ist. Die Schweiz kann deshalb international sehr viel bewirken. Seit dem 30jährigen Krieg hat sie immer wieder ihre Vermittlungstätigkeit angeboten und angenommen, oft ohne grosse Öffentlichkeit anzustreben und sich gross herauszustreichen.

Wegen dieser Überzeugung, dass im Konsens das Gemeinwohl am besten herausgeschält werden kann, haben wir auf Gemeinde-, Kantons- und sogar auf Bundesebene darauf verzichtet, eine sogenannte „handlungsfähige Regierung“ zu bilden, die unter der Regie eines Chefs und mit der Parlamentsmehrheit der Opposition und dem ganzen Volk eine Entscheidung überstülpen kann wie früher der Fürst, der Kaiser oder König. Eine „handlungsfähige Regierung“ heisst nämlich einfach, dass eine Entscheidung durchgedrückt wird, obwohl eventuell ein grosser Teil der Bevölkerung gar nicht damit einverstanden ist. Und zudem die Gegenseite diese Entscheidungen möglichst umstösst, sobald sie selbst die Macht einnimmt. Wir halten von diesem Prinzip nichts. *Wir finden es sinnvoller, dass der Entscheid vielleicht länger geht, aber dafür durchdacht ist und alle Bedenken berücksichtigt worden sind.* Typischerweise hat die Schweiz auf Bundesebene keine Minister und keinen alles bestimmenden Kanzler oder Ministerpräsidenten. Der Bundespräsident wechselt alle Jahre als Vertreter nach aussen. Die Departementsvorsteher sind dazu da, der Verwaltung vorzustehen und den Volkswillen auszuführen. Diese Departementsvorsteher hatten bis 1999 logischerweise kein Regierungsprogramm.

Wir gehen sogar so weit zu sagen, *dass die Menschen überall, wenn sie gefragt sind und Möglichkeiten finden, mitzuhelfen, auch mehr Kraft und Zuversicht bekommen, ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen und Lösungen für ihre eigenen Probleme zu finden.* Es ist eine Lebensform, in welcher die Persönlichkeit gestärkt wird und die Eigeninitiative von jedem gefordert und auch grösser ist. Wir glauben, dass auch deshalb in der Schweiz am meisten Erfindungen pro Einwohner in Europa patentiert werden.

Wenn Menschen über sich selbst bestimmen können, denken sie für das allgemein Beste. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass Pestalozzi in der Schweiz die Idee der Volksschule entwickelte und diese von dort in alle Welt verbreitet wurde: In der Volksschule werden alle, egal welcher Herkunft sie sind und wie viel sie schon von zu Hause mitbekommen haben, zusammen unterrichtet. Dort soll die Grundlage für das gegenseitige Verständnis in einer Klassengemeinschaft entwickelt werden, die Fähigkeit zum Gespräch, zum Verständnis für den anderen, die Fähigkeit, anderen zu helfen, die noch nicht so weit sind. Es war eine bewusste Idee, dass in der Schule solche Fähigkeiten entwickelt werden müssen, damit eine Kultur des genossenschaftlichen Zusammenwirkens tragfähig bleibt. Wenn wir heute sehen, dass die Kinder hauptsächlich individualisiert unterrichtet werden, jeder und jede sich um sich selbst kümmern muss und die anderen nicht beachtet, der Bessere sich nur in gesonderten Klassenstunden um den Schlechteren mitkümmert und sogenannte Hochbegabte für die Elitebildung ausgesondert werden, wird dadurch die gesamte Kultur des Füreinander-Schauens geschwächt.

Es ist deshalb auch kein Zufall, dass in der Schweiz das *Rote Kreuz* entstanden ist, das dokumentiert, dass selbst in den Grauen des Krieges der einzelne Mensch nicht im Stich gelassen ist. So konnten die Genfer Konventionen entstehen, die die Kriegsparteien wenigstens darauf verpflichteten, gewisse Greuelthaten zu unterlassen.

Damit man einen Konsens findet, der möglichst das Allgemeinwohl wiedergibt, hat man in der Schweiz die sogenannte Vernehmlassung eingeführt, bevor man ein Gesetz berät. Es müssen alle interessierten Kreise darüber informiert werden, was vorgesehen ist und diese sollen genügend Zeit haben, Stellung dazu zu nehmen, Bedenken zu formulieren und weitere Anregungen zu geben. Jeder einzelne Bürger kann von sich aus auch schon in diesem Stadium Stellung nehmen. Solange die Konsensdemokratie funktioniert, nimmt die Verwaltung und die Regierung diese Anregungen und die allgemeine Meinung ehrlich auf.

Ebenso müssen alle Gesetze bis hin zur Verfassung in einer solchen Sprache formuliert sein, dass jeder Bürger sie verstehen kann – er muss selber nachschauen können, auf was er sich abstützen kann. So werden zum Beispiel alle Berufsschüler selbstverständlich darin unterrichtet, das Zivilgesetzbuch und das Vertragsrecht zu handhaben, die entsprechenden Artikel zu finden, zu lesen und die wichtigsten Inhalte durchzudiskutieren. Deshalb steht in vielen Haushalten auch das Zivilgesetzbuch und das Obligationenrecht. Das macht es den Bürgern selbstverständlicher, Gesetzes- und Verfassungsvorlagen zu lesen, sie mit anderen zu diskutieren und sich bei einer Abstimmung dazu eine Meinung zu bilden. Da die Menschen in den kleinen Gemeinden, in den Vereinen, beim Einkaufen, bei verschiedenen Begegnungen sehr viel diskutieren und gewohnt sind, sich miteinander eine Meinung zu bilden, sind sie auch am eigenständigsten im Denken und Wissen über die politischen Zusammenhänge.

Füreinander denken beinhaltet auf Bundesebene auch den Gedanken, dass man den anderen die gleichen Chancen geben will. So hat das Volk vor einigen Jahren dafür gestimmt, dass die Rätoromanen in Graubünden mit 30 000 Bürgern alle Gesetze auch in ihrer Sprache zur Verfügung gestellt bekommen.

Probleme zu lösen beinhaltet auch, dass *der ökologische Gedanke* genau durchdacht wird. Zum Beispiel konnten die Schweizer Stimmbürger bereits am 18. Februar 1979 über die Atomenergie abstimmen, obwohl damals noch eine Mehrheit verneinte, die Atomenergie zu stoppen.

Am 7. März 1993 stimmten die Bürger einer Erhöhung der Mineralölsteuer zu. Obwohl die Initiativen zur Sonnenenergie abgelehnt wurden, bewirkte wie so oft die Initiative doch, dass die Kantone die Sonnenenergie mit verschiedensten Programmen fördern. Das geht so weit, dass Schweizer Firmen Sonnenenergieanlagen in Kalifornien installieren, weil dort die Sonnenenergie länger nicht mehr unterstützt worden ist.

3. Das Föderalistische Prinzip

Zum genossenschaftlichen Prinzip kommt noch das föderalistische Prinzip. In der Schweiz bedeutet dies, dass die Entscheidungen prinzipiell auf niederster Ebene beschlossen werden und Kompetenzverlagerungen auf die höhere Ebene begründet und von allen beschlossen werden müssen. Im Gegensatz dazu versteht die EU als Föderalismus einzig die Vorgehensweise auch der heutigen Konzerne und des New Public Managements, dass es kleinere Einheiten geben muss, die die Strategien der Konzernleitung in ihrem Umfeld eigenständig und mit Globalbudgets umsetzen müssen.

Am besten zeigt sich der Schweizer Föderalismus am Beispiel der UNO-Vertreterinnen, die in der Schweiz kontrollieren wollten, ob wir die UNO-Kinderrechte einhalten. Sie beklagten sich über ihre schwierige Aufgabe in der kleinen Schweiz. Obwohl dieses Land doch so klein sei, hätten sie in Tat und Wahrheit mit den 26 Kantonen und den 2700 Gemeinden mindestens die Arbeit gehabt, wie wenn sie 26 Staaten hätten kontrollieren müssen. Als Schweizer freut man sich natürlich darüber, weil sie damit bestätigen, dass das Zusammenleben immer noch von unten aufgebaut ist. Bei uns kann sich der Bürger einen Überblick über sein Leben bewahren, indem er in seiner Gemeinde, seinem Kanton und im Bund Bescheid weiss, aber nicht unbedingt wissen muss, wie sich alle anderen Kantone und Gemeinden nach deren eigener Vorstellungen organisiert haben. Für jede Diktatur ist dies allerdings ein Greuel. Sie will die Untertanen kontrollieren können, heutzutage möglichst mit einem Mausklick über jede Frage die Daten über alle Bürger haben und mit einer einzigen Entscheidung oft von einem Verwaltungsbeamten zum Beispiel 450 Millionen Bürger gleichschalten.

Die Schweiz ist aber von den Machtbesessenen gesehen bis heute immer noch ganz *unüberblickbar und unkontrollierbar*. Die Schweiz besteht aus 2700 Gemeinden, die meisten unter 1000 Einwohnern, die autonom sind und ihre Gesetze in Gemeindeversammlungen beschliessen – nach eingehender Diskussion in der Bevölkerung. Es gibt aber auch Städte von 15 000 Einwohnern, die eine Gemeindeversammlung haben. Manche haben ein Parlament und eine Gemeindeversammlung. Auf Kantonsebene haben nur noch 2 Kantone eine sogenannte Landsgemeinde, einer Versammlung unter freiem Himmel statt einem Parlament (Glarus und Appenzell-Innerrhoden).

Die Kantone sowieso, aber auch alle Gemeinden – auch wenn sie nur 40 Einwohner haben – *haben eine eigene Steuerhoheit* bei sehr wichtigen Steuern, können also den Steuersatz selbst verändern und das nicht nur bei der Hundesteuer. So heisst zum Beispiel die an den Kanton abgelieferte Steuer die Staatssteuer. Die sogenannten Direkten Steuern gehen an den Bund. Die Höhe ist jedoch von den Steuern im Kanton und den Gemeinden abhängig. Der Bund lebt vor allem von den indirekten Steuern wie der Mehrwertsteuer, die in der Schweiz 7,5 % beträgt.

Die Gemeinden sind es auch, die das Bürgerrecht verteilen und zwar nach eigenen Kriterien. Es gibt deshalb *kein eigentliches Schweizer Bürgerrecht*. Die Eidgenossenschaft nimmt davon Kenntnis, wenn eine Gemeinde und der zugehörige Kanton die Staatsbürgerschaft zuerkannt haben. Diese Vergabe des Bürgerrecht ist auch Ausdruck des Denkens, dass man sich in einer Gemeinde verankert, sich dort beteiligt, als Bürger das Zusammenleben mitgestaltet und erst dann die Verantwortung auch in den grösseren Einheiten wie Kanton und Bundesstaat übernimmt.

Diese *kleinen Gemeinden sind das Lebenselixier der direkten Demokratie*. Nirgends wird deutlicher, dass nicht nur in Genossenschaften für einzelne Anliegen, sondern dass das gesamte Leben

gemeinsam gestaltet werden kann und zwar auf freiwilliger Basis, nach dem sogenannten *Milizprinzip*.

In diesen Gemeinden gibt es kein Parlament, weil das Volk selbst die wichtigen Geschäfte untereinander bespricht und zuletzt in den Gemeindeversammlungen diskutiert. Die Vorsteher für die Finanzen, der Sozialbereich usw. erledigen diese Aufgabe neben ihrer eigentlichen Arbeit zugunsten des Ganzen wie es in einem Verein auch geschieht. Der Dienst für die Gemeinschaft, soll nicht zu einem Beruf werden. Aus diesem Grund sind *die Parlamentarier in den Kantonen und selbst in Bern keine Berufspolitiker*. Die Bundesparlamentarier treffen sich 4 Mal im Jahr für 3 Wochen. So bleiben sie im Volk verankert. Die meisten nehmen ihr Nebenamt im Parlament nicht länger als 4, höchstens 8 Jahre an und kehren wieder in ihren Beruf zurück. So ist der Bildung einer Politikerkaste ein Riegel vorgeschoben und der einzelne Parlamentarier ist daran interessiert, die Verbindung zum normalen Bürger zu behalten. Die Politiker verstehen sich als Diener des Volkes. Sogar die Exekutivämter sind in vielen Kantonen ein Nebenamt, es sind wirkliche Ämter für eine gewisse Zeit und keine Berufe.

Wie Sie sich denken können, ist dies *nur möglich, wenn die Menschen viele Aufgaben selbst übernehmen, diese also zu keinen Staats- bzw. Verwaltungsaufgaben werden*. So gibt es in den meisten Schweizer Gemeinden eine eigenen Schulgemeinde, deren Schulpräsident und entsprechende Mitglieder in der Schulpflege sich der Pflege der Volksschule annehmen. Dies ist Ausdruck davon, wie bedeutend man in der Direkten Demokratie die Bildung der jungen Bürger ansieht, die ja später in der Lage sein sollen, das Zusammenleben verantwortlich zu tragen und deshalb im Sinne der Bürger erzogen werden sollen. Die Kontrolle der Volksschullehrer übernimmt deshalb kein Ministerium, sondern vom Volk gewählte Bürger, die regelmässig auf Schulbesuch kommen und mit den Lehrern die Probleme diskutieren. Auch dabei spielt der Gedanke mit, dass die normalen Bürger sehr wohl beurteilen können, was gut für die Kinder ist.

In Gemeinden und Kantonen, in denen die direkte Demokratie weiterentwickelt ist, werden die Lehrer vom Volk gewählt und müssen auch regelmässig wiedergewählt werden, sind also den Bürgern verantwortlich und nicht der Verwaltung. Entsprechend *stellen auch die Schulgemeinden die Volksschullehrer an*. Die Lehrer bewerben sich also selbständig in verschiedenen Gemeinden. Es gibt keine zentrale Vergabestelle.

Auch die Gerichte müssen die eigenen Gerichte der Bürger sein und nicht Teil eines Staatsapparates, der die Bürger kontrolliert. Dementsprechend versucht man Konflikte frühzeitig zu verhindern oder mit einem gewählten Friedensrichter auszugleichen. Die Gerichte selbst sind oft ebenfalls vom Volk direkt gewählt bis hin zum Obergericht. Die Gerichtsbarkeit wird zum Teil von Bürgern als Laienrichter und als Geschworene ausgeübt.

Bei uns geht man konsequenterweise so weit, dass es *kein Bundesverfassungsgericht gibt, das den Bürgern vorschreiben kann, welche Gesetze der Verfassung entsprechen und welche nicht. Der Bürger ist sogar der Hüter der Menschenrechte*. Wir schauen das Volk als mündig und vernünftig an. Deshalb gibt es keine Schranken, über die nicht mehr diskutiert werden darf. Im Gegenteil soll über alles diskutiert werden, weil nur so ein echter Volkswille entstehen kann.

Der soziale Gedanke als Ausfluss des genossenschaftlichen Denkens

Ein Ausfluss dieses Menschenbildes und Lebens brachte hervor, dass der soziale Gedanke ausgeprägt ist, allerdings eher nicht durch übergeordnete Lösungen. Es ist selbstverständlich, dass man sich in den Gemeinden darum kümmert, wie man soziale Härten abmildern kann. So überlegt man sich, wer einen Langzeitarbeitslosen beschäftigen könnte, nicht nur, weil die Bürger als Steuerzahler für diesen aufkommen müssten, sondern weil man mitdenkt, was das für einen Menschen bedeutet. Aus diesem Mitgefühl heraus, haben viele reichere Gemeinden, Kirchgemeinden

oder unabhängige Vereine eine Partnerschaft mit Berggemeinden bzw. gibt es eine sehr populäre Spendensammlung, die Berghilfe. Genauso gibt es heute sehr viele Gemeinden, in denen konkrete Projekte in Entwicklungsländern unterstützt werden. (Schulen, Hilfe bei Unwetterschäden).

Ebenso ist dafür gesorgt, dass die territorial und klimatisch benachteiligten Bergregionen einen Ausgleich dafür erhalten, dass sie höhere Aufwendungen in vielerlei Hinsicht haben. Man sieht daran, dass in einer Direkten Demokratie nicht der Egoismus überhand nimmt, wie manche behaupten, sondern das Mitdenken überhand nimmt. Dazu braucht es aber Aufklärung und ruhiges Besprechen, damit man sich mit der Situation von anderen genau auseinandersetzt. Reine Proteste sind selten sinnvoll, weil man dann gegen die Mitbürger protestieren müsste. Da ist es einfach besser, mit den anderen zu sprechen und zu versuchen, sie zu überzeugen.

Auch in Schweiz gibt es viele kleine Spitäler auch in den Bergregionen, um so sicherzustellen, dass jeder möglichst gleich behandelt wird.

Ein typisches Beispiel für die genossenschaftliche Lösung für das Alterswohnen sind zwei Gemeinden von 150 und 450 Einwohnern. Sie befragten die alten Menschen, natürlich persönlich, ob sie gerne in die nahe Stadt ins Altersheim wollten. Es stellte sich heraus, dass sie lieber in den Dörfern bleiben. Einige Bürger der Gemeinde gründeten zusammen eine Genossenschaft, die ein Alterswohnheim erstellten. Weil sie gratis arbeiteten, die Gemeinde den Boden zur Verfügung stellte, konnten sie billige Alterswohnungen einrichten. Im Haus richteten sie auch ein Cafe für die ganze Bevölkerung ein, die Gemeinde richtete Räume für Kindergarten und für Versammlungen im Heim ein, das Zentrum wurde ein Dorfzentrum. Regelmässig erscheint der Friseur. Sie suchten nach einer guten Seele, die sich um das ganze Heim kümmerte. Viele Aufgaben werden von den rüstigeren Bewohner übernommen.

4. Rahmenbedingungen für die Direkte Demokratie

Zur Erhaltung der Freiheit der Bürger, für die Selbstbestimmung und die ständige Entwicklung der Eigenständigkeit in verschiedenen Bereichen gehört es, dass man dem Druck von undemokratische oder halbdemokratischen Staaten entgegentreten kann. *Deshalb braucht es eine dezentrale Versorgung mit landwirtschaftlichen Gütern und eine Kleinbetriebsstruktur.* Im ganzen Land muss genügend produziert werden, um nicht direkt dem Hunger als Druckmittel ausgeliefert zu sein.

Ebenso muss die Wirtschaft die eigene Wirtschaft sein. In der Wirtschaft dürfen nicht andere Prinzipien herrschen als im sonstigen Zusammenleben der Bürger. Die Wirtschaft muss daraufhin entwickelt oder erhalten werden. Auch hier geht es darum, dass jeder Verantwortung übernimmt für den anderen. Die Frucht dieser Überlegung ist der Arbeitsfriede in der Schweiz. Dies funktioniert nur, wenn der einzelne Betriebsleiter dafür besorgt ist, dass jeder für seine Arbeit einen anständigen Lohn erhält. Überdimensionierte Unterschiede in der Lohnskala passen nicht zu einer Gesellschaft, in der jeder als gleichwertiger Mensch angeschaut wird.

Die Rentenanstalt als Rückversicherer war bis vor wenigen Jahren eine Genossenschaft. Seitdem sie in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden ist, hat sie das Geld der Einzahler, vieler sog. kleiner Leute, an die Börse gebracht und verspekuliert. Es folgten Milliardenverluste. Mit der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sind die Managerlöhne sofort massiv gestiegen.

Zudem engagieren sich Menschen, die gewohnt sind, Verantwortung zu übernehmen, für einen Betrieb und bauen ihn mit auf. Sie sind nicht einfach nur Lohnempfänger, sondern identifizieren sich mit dem Betrieb. Die Umwandlung in Aktienunternehmen, die sich nach den vierteljährlichen Renditen für die Aktienhalter richten, zerstört auch die soziale Einstellung in bezug auf die Produkte und die Betriebsführung.

Grosskonzerne mit Managern an der Spitze, die die Direkte Demokratie nicht aus eigenem Erleben kennen und sich vor allem an den Börsenanalysten orientieren (müssen), betreiben eine

andere Politik und greifen mit ihren grossen finanziellen Möglichkeiten in ganz anderer Art und Weise in die direktdemokratische Kultur ein.

Die eigene Währung ist für die Selbstbestimmung ebenfalls ein entscheidender Faktor, weil mit ihr eine selbstbestimmte Politik gemacht werden kann und auch der selbst erarbeitete Wohlstand nicht einfach an halbdemokratisch oder undemokratisch regierende Herrscher und deren Financiers verschachert werden kann. Sie verhindert ein Ausgeliefertsein an grosse Länder oder übernationale Zusammenschlüsse und deren Machtpolitik fern bürgerschaftlicher Orientierung.

Die Neutralität ergibt sich folgerichtig aus dem Menschenbild, auf dem die Kulturen in der Schweiz aufgebaut sind. Schon die alte Eidgenossenschaft verhielt sich seit 1535 neutral und konnte so die Früchte des Friedens über Jahrhunderte ernten. Nämlich das Vertrauen in die Menschheit, dass man sich nicht organisiert zu Tode schlägt und alles zerstört, was Generationen mit viel Liebe aufgebaut haben und deshalb auch das tägliche Engagement sinnvoll und langfristig haltbar ist. Die immerwährende Neutralität, also eine Neutralität, die nicht nur vorübergehend aus taktischen Gründen eingegangen wird, fördert über lange Jahre das Vertrauen aller anderen Länder in eine Gemeinschaft, dass diese keine eigenen Machtgelüste verfolgt. *Diese immerwährende Neutralität ist nicht nur gut für ein friedliches Zusammenleben im eigenen Land, sondern sie gibt eine Hoffnung und Zuversicht für alle Menschen, dass man ohne Krieg leben kann.* Wir sind sehr froh, dass sich Österreich seit Jahrzehnten dieser immerwährende Neutralität angeschlossen hat und sind enttäuscht und empört, dass diese im Rahmen der EU-Machtentfaltung ausgehebelt werden soll. Die „Presse“ vom vergangenen Samstag hat zur Abschaffung der österreichischen Neutralität dafür gerade ihren Teil dazu getan. Die Stellungnahme der Grünen in Österreich dazu ist katastrophal, weil sie eine ganze Bevölkerungsgruppe in der Bedeutung der Neutralität für den Frieden in der ganzen Welt verunsichert.

Die direkte Demokratie mit dem starken Föderalismus und der Möglichkeit der Selbstorganisation auf allen Ebenen ermöglicht es, eine Vielfalt der Kulturen zusammenzubringen. Man spricht auch von 26 Nationen oder Kantonen in unserem Staat, der durch den gemeinsamen Willen zur Freiheit und Selbstbestimmung getragen ist: so sind die vier Sprachen, die Kulturen und jegliche Minderheiten geschützt. *Der Schutz der Minderheiten und die Freude an der Vielfältigkeit* zeigt sich auch daran, dass es sehr viele Parteien gibt, die unabhängig sind und sich an den Wahlen beteiligen. Es gibt auch keine Mindestquoren, so dass viele Parteien in den Gemeinden, im Kanton und im Bundesparlament vertreten sind. Auf Bundesebene gibt es zum Beispiel 10 Parteien im Parlament. *Die Schweiz ist also bereits dort angekommen, wohin die EU nur proklamiert hinzukommen.* Sie macht vor, dass verschiedene Kulturen direktdemokratisch zusammenfinden, nicht jedoch durch politischen oder funktionalen Zwang. Die Schweiz ist im Gegenteil Vorbild für die Lösung in vielen internationalen Krisenherden.

Wir konnten hier nur in ganz wenigen Worten darlegen, dass die direkte Demokratie seit Jahrhunderten ein Beweis darstellt, dass wir Menschen uns frei und gleich zusammenschliessen können und nicht geführt werden müssen. Die Schweiz zeigt, dass die Menschen ein friedliches Zusammenleben aufbauen können, wenn sie nicht durch Machtpolitik einer Elite daran gehindert werden können.

Die EU ist in jeder Hinsicht das Gegenteil dessen, was die Schweiz ausmacht. Warum sollten wir freiwillig alle Freiheiten, das friedliche Zusammenleben und das filigran aufgebaute Netz der direkten Demokratie aufgeben?

5. Woraus besteht hingegen das System der EU?

Die EU ist nach Darstellung im Brockhaus von einer für Europa spezialisierten Denkfabrik in den USA ausgedacht worden, (form follows function) da die USA Interesse daran hatten, dass sie Europa unter Kontrolle hatten. Sie wollten einerseits über die NATO und über die EU die Länder zusammenführen und an die USA binden und andererseits über den IWF und die Weltbank –

wie zum Beispiel auch Zbigniew Brzezinski in seinem Buch „Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ darlegt. Da die Völker in Europa sich nach dem 2. Weltkrieg dagegen wehrten, sich zusammenzuschliessen, entwickelte diese Denkfabrik die Idee Ende der 40er Jahre, dass *durch die Zusammenlegung wichtiger Politikbereiche ein Sachzwang zur Auflösung der nationalen Strukturen entsteht*, was durch die Montanunion begonnen wurde. Die Gründung der EU als EWG hat dieses Ziel der politischen Vereinigung in den Römer Verträgen 1957 schon festgelegt. In der Schweiz, in Österreich und in Portugal hat man dieses Ansinnen erkannt und reagierte mit der Gründung der EFTA, die bis heute besteht. Die EFTA ist freiheitlich organisiert, sie wollte ausdrücklich keine festen Institutionen aufbauen, die Landwirtschaft in den Händen der einzelnen Länder halten, gerade wegen der Unabhängigkeit und trotzdem wirtschaftliche Verbesserungen durchsetzen. Typischerweise hat die EU zunächst die Landwirtschaft als Grundlage der Souveränität in die Hand genommen.

Die EU war also von Anfang an gegen den Willen der Völker gerichtet und ist es geblieben.

Heute haben wir ein Gebilde vor uns, das nicht einmal den geringsten Ansprüchen an eine Demokratie genügt. Eine nichtgewählte Kommission ist gleichzeitig Exekutive und Legislative. Sie darf nur Gesetze initiieren und gibt diese an den Allgemeinen und Ständigen Ausschuss mit einem Vertreter aus jedem Land weiter, den fast niemand kennt, in der aber die meisten Gesetze ausgearbeitet werden. Der vor 2 Jahren zurückgetretene deutsche Vertreter berichtete in der Zeit, dass die meisten Gesetze von der Person der Vertreter abhängen und davon, wie lange diese dem Druck, dem Ärger oder der Schmeichelei der anderen standhält. Er war wohl nicht zufällig ein Adliger. Bei einigen Gesetzen bleiben noch ein paar strittige Punkte. Um diese zu bereinigen, treffen sich die Minister der entsprechenden Länder – als Regierungsvertreter – um dann die Gesetze zu beschliessen, was eigentlich Aufgabe eines Parlamentes wäre. Zudem können die nichtgewählten Richter der EU die Gesetzesentwicklung in der EU weiter vorantreiben. Es fehlt also die Gewaltenteilung vollständig. Als beim Gipfel von Nizza ein Journalist die damalige Präsidentschaft der EU, den Sozialisten Jospin und den Konservativen Chirac, auf den Widerspruch der EU zur Gewaltenteilung ansprach und sie darauf hinwies, dass der Begründer der Demokratie, der Franzose Montesquieu ein Staatsgebilde als Despotie bezeichnete, das keine Gewaltenteilung kennt, antworteten diese unisono: „Es gibt solche Widersprüche, aber die EU ist ein so einmaliges Gebilde in der ganzen Geschichte. Stellen Sie doch dieses schöne Gebilde nicht in Frage, nur weil noch einige Verbesserungen der demokratischen Grundlagen nötig sind.“ Bleiben wir also genau: Die EU ist eine Despotie – nach Definition des Begründers der Gewaltenteilung unter der Monarchie.

Auch in der neuen Verfassung muss der Aussenminister der EU das Parlament nur anhören und nach seinem Gutdünken berücksichtigen (III-205)

Die Ausarbeitung der Gesetzestexte findet immer im Geheimen statt. Kein Bürger kann diese Geheimdiplomatie mitverfolgen und wissen, wie eigentlich verhandelt wird. Josef Fischer, der deutsche Aussenminister, erklärte vor den versammelten deutschen Journalisten in Nizza, dass er unbotmässige Minister auf den Beichtstuhl genommen habe und sie zu verschiedenen Kompromissen mitten in der Nacht gezwungen habe. Der belgische Aussenminister Louis Michel nach 5 Tagen am frühen Morgen um 5 Uhr sichtlich aufgelöst vor Journalisten erklärte: „Es ist körperlich fast nicht auszuhalten, wenn man von 14 anderen Ministern unter Druck gesetzt wird, seine Meinung zu ändern. Ich, ich, ich ist der einzige Gedanke um den es ging. Es geht um finanzielle Vorteile und Machtverteilung. Von einem Europa des Friedens, der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit ist nichts zu spüren. Ich plädiere dafür, dass nach so einem Gipfel überhaupt zuerst einmal abgestimmt werden muss, Wollen Sie so ein Europa?“

Sogar die Verfassungstexte in der Sowjetunion waren demokratischer als das undemokratische Konglomerat der EU – dort gab es theoretisch sogar eine Gewaltenteilung, auch wenn sie in der Praxis nicht eingehalten worden ist.

Wenn wir uns an den Wiener Alfred Adler halten, der den Charakter eines Menschen erkennen wollte, indem man nicht darauf schaut, was er sagt, sondern was er tut, dann erkennen wir in der EU lauter despotische Entscheidungen: So liess sie in Dänemark den Maastricht Vertrag zweimal abstimmen, weil die Dänen ihn ablehnten. Genauso lehnten die Iren den Nizza Vertrag ab, für dessen Abstimmung der Termin erst 3 Wochen vorher angekündigt worden ist. Auf dem Kopenhagener Gipfel mokierten sich die Minister der anderen Länder, dass nicht ein kleines Land den anderen ihren Willen aufzwingen dürfte, obwohl das EU-Recht klar festlegt, dass ein Vertrag nur gültig ist, wenn jedes Land zustimmt. Es sei „Geiselnhaft für die anderen EU-Bürger, wenn 2% den anderen ihren Willen aufzwingen können“, erklärte Klaus Hänsch der grossdeutschen SPD im EU-Parlament. Er weiss ganz genau, dass jedem Land in der EU die Souveränität dadurch zuerkannt worden ist, dass die Abstimmungen einstimmig sein müssen.

Damit hat die EU deutlich offenbart, dass sie sich nicht einmal an ihr eigenes Recht halten, also kein Rechtssystem sein wollen, sondern das Recht nur dazu dient, Prozesse zuzulassen, die zu einer angestrebten Organisationsentwicklung von oben gehören. Die EU liess aber nicht locker und versuchte, die Gegnerschaft zu „neutralisieren“, wie sie sich selbst ausdrückten (NZZ, 11.06.2002). Sie wollten genau analysieren, aus wem die EU-Gegner bestehen, wie die NZZ nach einem EU-Aussenministertreffen am 12. Juni 2002 berichtete. Es handelte sich in Irland nämlich vor allem um eine sehr starke Gruppe von Abtreibungsgegnern, den Gegner der Unterjochung durch die EU, wie sie Irland jahrhundertlang durch die Engländer erfahren hatte und für viele Iren noch immer in Nordirland stattfindet sowie solchen, die die Neutralität erhalten wollten. Wenn man damals durch Irland gefahren ist, so fühlte man sich ähnlich wie in der ehemaligen DDR oder auch heute in Österreich. Überall konnte man auf überdimensionierten Plakaten am Strassenrand lesen, welche Projekte mit Hilfe der EU gebaut und initiiert worden seien – dabei handelt es sich ja immer um das Geld der Steuerzahler aus Ländern, die der EU überhaupt nie mit einer Volksabstimmung zugestimmt haben. Propaganda – und dann noch in dieser plumphen Art und Weise – ist ja immer ein Charakteristikum von Diktaturen. Die Hauptgruppe der Abtreibungsgegner wurde dadurch gegeneinander aufgebracht, dass der irische Ministerpräsident ein Gesetz zur Abstimmung brachte, in dem festgelegt wurde, dass das Leben bei der Einnistung in die Gebärmutter beginne, also nicht bei der Befruchtung. Das spaltete die Abtreibungsgegner. Bis zur zweiten – illegalen – Abstimmung war diese Gruppe so geschwächt, dass die Abstimmung über den Nizza Vertrag verloren ging und Irland dem zugestimmt hat.

Am deutlichsten wurde aber die Despotie im Boykott von Österreich nach der Wahl der FPÖ und der ÖVP. Es ging damals nicht um die Frage, ob die FPÖ radikal sei oder nicht, wie überall weisgemacht worden ist. Der aussenpolitische Sprecher der SPD, Gernot Erler, erklärte sogar im damaligen Österreich-Gespräch im ORF ganz offen: „Wir kommen jetzt in eine entscheidende Phase der europäischen Integration. Jetzt stehen wirkliche Entscheidungen an und da ist eine Sache ganz schwer auszuhalten: Dass nun ausgerechnet Österreich, das von der Wirkung her in die osteuropäischen Staaten, in die mitteleuropäischen Staaten, genau in die, die jetzt in der vordersten Reihen dieses Erweiterungsprozesses stehen, auf einmal Signale aussendet, die schädlich sind. Und diese Signale aus Österreich haben grosse Zweifel an der Osterweiterung hervorgerufen. Da soll einer Minister werden, der nicht ganz hinter diesem Prozess steht. Das kann für die Demokratie, für die europäische Zukunft enorme Gefahren bergen. Und das ist der Hintergrund für diese Massnahmen, die erreichen sollen, dass Österreich wieder diese positive Rolle einnimmt. Das ist eine Notmassnahme, nichts anderes.“ Wir hören also, dass man in der EU keine andere Meinung haben darf, nicht einmal ein einziger Minister, sonst wird dieser bekämpft und der ist ein Gegner der Demokratie. Der Vorwurf rechtsradikal zu sein verschleiert das despotische Gehabe der EU selbst. So weit wir gesehen haben, ist es der EU gelungen, Österreich auf diese Aufgabe zu verpflichten, die EU-Herrschaft auf weitere Teile Europas auszudehnen – ich kann mir nur ausdenken, welche Forderungen damals an die zwei Parteien gestellt worden sind, bis sie

die Erlaubnis zur Regierung in Österreich erhielten. Auf jeden Fall war es ein Zeichen dafür, dass die Volkssouveränität in Österreich nicht mehr existiert. Und genauso, dass die EU Notmassnahmen gegen jedes Recht erlässt, also eine Willkürherrschaft betreibt, wie wir sie im Mittelalter hatten. Wir haben sehr wohl bei unserem Besuch hier registriert, dass oben am Turm des Stephansdoms in der Nacht eine Annonce ausgestrahlt wird: "Ein sorgenfreies Grüss Gott den neuen EU-Nachbarn", obwohl für jeden klar ist, dass diese vor deren EU-Beitritt bereits ihre Wirtschaft dem Ausverkauf durch westliche Konzerne ausliefern mussten und jetzt in völliger Abhängigkeit leben. 3 Personen hatten ja damals untersucht und festgelegt, ob die Österreicher gegen die Werte der EU verstossen. Diese Leuchtschrift von der Kirche zeigt auch auf, dass die Kirche sich ihren Spielraum erkauft, indem sie den christlichen Glauben den neuen Machthabern ausliefert.

Die EU hat mit den 4 sogenannten Freiheiten für Personen, Kapital, Waren und Dienstleistungen den Völkern die Möglichkeit aus der Hand geschlagen, sich für Massnahmen entscheiden zu können, die ihr eigenes Zusammenleben schützen. Es handelt sich hier also um 4 Abhängigkeiten, die Verfassungsrang erhalten sollen. So kann kein Land mehr die Arbeitslosigkeit eigenständig bekämpfen, denn jede positive Wirkung führt dazu, dass Menschen aus anderen Ländern in ein Land mit niedriger Arbeitslosigkeit ziehen,

Die EU hätte also mit der vorgeschlagenen Verfassung eine Verfassung, die die Globalisierung zum Staatszweck erklären würde.

Selbst wenn in der EU eine Gewaltenteilung bestehen würde, könnte die EU noch gar keine Demokratie sein, weil dort kein Volkswille entstehen kann. Schon die vielen Sprachen verhindern dies, auch kennen sich die Kulturen zumindest im Moment so wenig, dass wir keine Ahnung haben, wie wir erkennen sollen, wer es von den vorgeschlagenen Politikern aus anderen Kulturen oder Ländern ehrlich meint – das fällt uns ja schon im eigenen Land schwer. Die Menschen kennen sich zu wenig, als dass sie ein Staatsvolk bilden könnten. Um das zu vertuschen, versucht man verzweifelt, Gemeinsamkeiten von oben herzustellen, wie die EU-Sterne als Marienkrone zu deklarieren oder Beethovens Ode an den Frieden als EU-Hymne zu deklarieren oder die alten Pilgerwege als gemeinsames Erbe des Heiligen Römischen Reiches zu instrumentalisieren.

Die EU ist ausdrücklich dazu auserkoren, eine Kriegsmacht zu sein und in der ganzen Welt einzugreifen. Systematisch hat man seit Anfang der 90er Jahre darauf hingearbeitet. Um die neutralen Länder wie Österreich, Schweden und Irland in die EU zu bringen, hat man zunächst die fast vergessene WEU, die ursprünglich im Rahmen der NATO entwickelt worden war, wieder aufgetaut und sie zur Verteidigungskomponente der EU erklärt, und hat ihr in Bonn auf dem Petersberg vier verschiedene Aufgaben zugewiesen, die sie zu erfüllen hatte. Nachdem Österreich, Irland und Schweden Mitglied waren, hat man im Amsterdamer Vertrag 1997 bereits militärische Aufgaben der EU zugewiesen und die Ausführung der WEU übertragen. Im Nizza Vertrag 2000 hat man nun einfach die Artikel weggelassen, dass die WEU diese Aufgaben übernimmt und hat die WEU vorsichtshalber wieder aufgelöst, so dass die EU jetzt die Petersberg-Aufgaben übernimmt wie humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben, Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, Massnahmen zur Herbeiführung des Friedens. Das war eine der wichtigsten Gründe, warum die Iren gegen den Nizza Vertrag gestimmt hatten. Nun sollen diese Bestimmungen in der Verfassung übernommen werden und damit besiegeln, dass es keine Neutralität der EU-Mitglieder mehr gibt. In der neuen Verfassung heisst es jetzt allerdings Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung, Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens also präventive Angriffskriege sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschliesslich Frieden schaffender Massnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten. (III-210).

Dementsprechend wird Österreich 3500 dieser hochausgebildeten Soldaten der 60 000 Mann EU-Truppe stellen, die unter dem Titel der robusten Einsätze in der ganzen Welt tätig werden

sollen, wie es bereits 1999 in Helsinki beschlossen worden ist. Die Entscheidung über diesen Krieg trifft selbstverständlich nicht das Parlament, sondern das politische und Sicherheitskomitee, wie es in Nizza beschlossen worden ist. Darüberhinaus verpflichten Sie sich mit der neuen Verfassung, genügend Steuergelder dafür abzuliefern, dass diese Kriege überall in der Welt geführt werden können, egal ob dieses Geld nicht besser für die Pensionen oder anderes gebraucht wird. Der Begriff der robusten Einsätze stammt aus dem Brahimi-Bericht der UNO. Die EU hält sich ja zugute, dass sie sich der UNO zur Verfügung stellt, die ja neustens Krieg befürworten will, was wiederum gegen die eigene Charta verstösst.

Es lohnt sich also, dass jeder von Ihnen darauf drängt, dass diese Verfassung vom Volk abgestimmt werden muss. Sonst haben Sie Ihre Neutralität definitiv verloren. Verlangen Sie das also ruhig bei Ihren Abgeordneten, bei der Regierung, bei der Opposition und klären Sie die Bürger in Leserbriefen und Gesprächen immer wieder auf.

Ganz besonders absurd ist es in diesem Zusammenhang, wenn die EU sich zum Friedensprojekt erklärt und für sich den Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland in Anspruch nimmt. In Tat und Wahrheit waren es die deutschen Soldaten, die in Kriegsgefangenschaft bei den französischen Bauern meist gut aufgenommen worden sind und erlebt haben, dass die ewige Feindschaft unsinnig ist. Sogar die Grünen auch in Ihrem Land lassen sich von dieser offensichtlichen Propaganda vor den Karren spannen.

Was ist die Alternative zu diesem despotischen Gebilde EU?

Wie in vielen anderen Gegenden Europas auch, haben sich die Eidgenossen in der Schweiz selbst angesichts der im 13. Jahrhundert allumfassenden Macht der Fürsten und Könige nicht gebeugt und stützten sich auf sich selbst, wie es Schiller im Tell ausdrückte: *“Wir könnten viel, wenn wir zusammenstünden. Gemeinsam sind die Schwachen mächtig.”* In Irland hat sich zuerst eine einzige Person dafür eingesetzt und mit anderen durchgesetzt, dass die Iren über jeden Staatsvertrag abstimmen können müssen. In der Schweiz wurde dieses Recht auch erst obligatorisch im Jahr 1977, weil es eben immer mehr solcher Verträge gab.

Die Mächtigen können immer nur Macht ausüben, solange sich die Bürger klein fühlen, das Gefühl haben: „Angesichts einer solchen Macht haben wir nichts zu sagen.“ Oft sagen sogar die Aktiven, wir haben es probiert, aber wir haben keine Chancen. Das ist nicht richtig. Natürlich gehört es dazu, dass die Mächtigen nicht einfach dem Volk die naturgegebenen Rechte geben. Auch in der Schweiz musste das Volk nach dem zweiten Weltkrieg in einer Volksabstimmung den Bundesräten wieder ihre Kompetenzen beschneiden, die sie während der Kriegszeit übertragen bekommen hatten.

- Wir plädieren dafür, auf allen Ebenen, insbesondere aber auf der Gemeindeebene wie hier in Perchtoldsdorf die Selbstbestimmung der Menschen zu leben.
- Im weiteren braucht es Genossenschaften zwischen Bauern und Konsumenten, die den Bauern ein Einkommen sichern und den Konsumenten gesunde Nahrung auch in Krisenzeiten garantieren
- Auf Gemeindeebene sollen die Probleme gemeinsam gelöst werden. Es gibt keinen Grund, nicht freiwillig in den Gemeinden Abstimmungen über Grundsatzfragen einzuführen, ähnlich wie in der Schweiz und wenn es nur von einer Bürgergruppe regelmässig durchgeführt wird.
- Bürgerversammlungen können von jedem einberufen werden, am besten allerdings ist es, wenn man möglichst viele einbeziehen kann.
- Es geht darum, über lange Zeit mit allen Bürgern darüber zu reden, was das Wesen der Direkten Demokratie ist. Auch in Österreich sind die Bürger in der Lage, über sich selbst zu bestimmen. Direkte Demokratie beschränkt sich nicht auf Schweizer. Sie ist eine aufgeklärte

Vorstellung vom freien, mündigen und verantwortungsbewussten Menschen, der sich durch die gemeinsame Lösung von Problemen selbst erzieht.

- Auch wenn Sie der EU mit falschen Angaben beigetreten worden sind, können Sie heute sicherlich auf einen grossen Teil der Bevölkerung setzen, dass die Neutralität wieder errichtet wird. Gerade angesichts der EU-Kriege lassen sich die Menschen nicht einfach einspannen, wenn Sie gut zusammenarbeiten.
- Es gibt keinen Grund, Feindschaften aufzubauen, wenn man in verschiedenen Bereichen unterschiedliche Meinungen hat. Man kann sich auch auf einen Punkt einigen, in dem man zusammenarbeiten kann, wenn er dem besseren Zusammenleben dient.

Wir danken für Ihre Aufmerksamkeit und wünschen eine rege Auseinandersetzung mit unserer Darstellung.

Perchtoldsdorf, 13. November 2004